

An den  
Präsidenten des Burgenländischen Landtages  
Herrn Christian Illedits  
Landhaus  
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 8. Juni 2017

**Selbständiger Antrag**

**des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen**

**auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Senkung der Abgabenquote und  
Reform des Steuersystems**

Der Landtag wolle beschließen:

## **EntschlieÙung**

### **des Burgenländischen Landtages vom ..... betreffend Senkung der Abgabenquote und Reform des Steuersystems**

Die Steuerlast ist in Österreich in den letzten 20 Jahren um 86 Prozent gestiegen. Demgegenüber ist die Inflation im selben Zeitraum um 44,9 Prozent, das Bruttoinlandsprodukt um 72,8 Prozent gestiegen. Der Staat erhält heute also ein deutlich größeres Stück vom Geldkuchen als noch vor 20 Jahren. Dass Österreich dauerhaft eine der höchsten Abgabenquoten in der Europäischen Union hat, ist ohnehin unbestritten. Durch die zuletzt beschlossene Steuerreform hat sich an diesem Umstand nichts geändert.

Der Satz „Wir haben kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem.“ ist heute daher aktueller denn je.

Neue Steuern sind daher keinesfalls der richtige Weg, das österreichische Steuersystem und damit alle Leistungen, die daraus finanziert, werden mittel- und langfristig abzusichern. Insbesondere gilt dies für wettbewerbsschädliche Steuern wie „Maschinensteuern“ oder die Überlegungen zur Einführung einer Vermögens-, Erbschafts- oder Schenkungssteuer.

Ausschließlich Einsparungen im Bereich der Ausgaben führen zu stabilen budgetären Verhältnissen und ermöglichen so auch Spielräume für Entlastungen des ohnehin überbelasteten Mittelstands. Die Einsparungen bei den Ausgaben müssen insbesondere im Rahmen einer Staats- und Verwaltungsreform, einer Reform des Förderungswesens und einer nachhaltigen Pensionsreform erfolgen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für eine Senkung der Abgabenquote und die Abschaffung der kalten Progression zur Entlastung des Mittelstandes einzusetzen. Gleichzeitig wird die Landesregierung aufgefordert, sich bei der Bundesregierung ausdrücklich gegen die Einführung einer möglichen Erbschafts-, Schenkungs-, Vermögens- oder Maschinensteuer einzusetzen.